

Hedwig Richter
Michael Czolkoß

Bearbeitet von Paul Schrader

Demokratie und Wahlen im 19. Jahrhundert

Kurseinheit 1:
Demokratie und Wahlen als Gegenstand der (historischen) Forschung

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1 | Einleitung..... | 4 |
| 2 | Was ist Demokratie?..... | 5 |
| 3 | Neue Wahlgeschichte..... | 10 |
| 4 | Grundannahmen und Thesen der vorliegenden Arbeit..... | 15 |
| 5 | Ereignisgeschichtlicher Überblick | 43 |
| 6 | Kommentierte Auswahlbibliographie | 48 |
| 6.1 | Demokratiethorie und Demokratieggeschichte | 48 |
| 6.2 | Ältere und neuere (historische) Wahlforschung | 49 |
| 6.3 | Das 19. Jahrhundert in globaler Perspektive | 51 |
| 6.4 | Grundlagenwerke zur Geschlechtergeschichte und zum Historischen Vergleich... | 54 |
| 6.5 | Überblickswerke zur US-amerikanischen und deutschen Geschichte | 55 |
| 6.6 | Empfehlenswerte Einzelveröffentlichungen zur Kulturgeschichte | 57 |
| 7 | Quellen | 59 |

1 Einleitung

Als die wahlberechtigten Bürger Berlins 1844 an die Urnen gerufen wurden, blieb die Resonanz verhalten. „Trostlose Lauheit“ habe während der Wahlen in den Straßen Berlins geherrscht, wie ein Beobachter in der liberalen *Vossischen Zeitung* notierte.¹ Zwar kamen seit der Einführung der preußischen Städteordnung immer mehr männliche besitzende Bürger in den Besitz des Wahlrechts, doch die Bereitschaft zur Teilnahme blieb insgesamt verhalten – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieb regelmäßig die Hälfte der Wahlberechtigten den Abstimmungen fern,² Willensbekundungen für eine Ausweitung des Wahlrechts blieben ein gesellschaftliches Randphänomen. Dieses Bild sollte sich in den folgenden Jahrzehnten grundlegend ändern. Am 27. Februar 1910 versammelten sich ganze 8.000 Demonstranten in Berlin, die für die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts demonstrierten.³ Allgemeine, gleiche und freie Wahlen, ein möglichst breites Wahlrecht und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung der Bürger galten nun als Kennzeichen einer „zivilisierten Nation“.

Diese Veränderung in der Art und Weise, wie Wahlen wahrgenommen und praktiziert wurden, war dabei keineswegs auf Preußen oder gar Berlin beschränkt. Als im Jahr 1800 in den USA ein neuer Präsident gewählt werden sollte, machte weniger als ein Drittel der ohnehin überschaubaren Anzahl an Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch; bei den Präsidentschaftswahlen 1824 betrug die Wahlbeteiligung gerade einmal 25 Prozent.⁴ Dieser Umstand sollte sich auch in den USA in den Folgejahren ändern. Bei den letzten nationalen Wahlen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die Wahlbeteiligung immerhin auf 60 Prozent angewachsen; die Ausweitung des Stimmrechts auf *African Americans* oder gar auf Frauen waren in der Zwischenzeit zu bedeutenden Themen in den politischen Debatten des Landes geworden. Und auch in den USA argumentierten politische Beobachter, dass einer „zivilisierten“ Nation ein möglichst breites wahlrecht angemessen sei. „The tendency of government throughout the entire civilized world is strongly in the direction of placing more and more power in the hands of the people“, hieß es beispielsweise 1910 in der *Atlantic Monthly*.⁵

Wie ist diese Veränderung zu erklären? Wie konnten Wahlen von einem eher randständigen Modus der politischen Regierungsweise, der bei seiner zaghaften Einführung zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf ein ebenso zaghaftes Interesse stieß, zu einem Kernelement der politischen Regierungsform werden? Warum erfolgte diese Etablierung auch in Gesellschaften, die sich sonst – etwa hinsichtlich ihrer politischen Verfasstheit oder sozio-ökonomischen Strukturen – grundlegend voneinander unterschieden? Und von welchen lokalen Dynamiken wurde dieser Prozess geprägt?

1 „Zur vaterländischen Literatur“, in: *Vossische Zeitung* (06.01.1844).

2 Bericht der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat, gez. Humbert, 03.07.1817, in: LAB Rep. 000-02-01, Nr. 185, Bd. 4, Bl. 19 f.

3 „Die Wahlrechtskundgebung im Zirkus Busch“, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 106, 28.02.1910. Vgl. auch Kaisenberg, *Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis*, S. 161.

4 Altschuler/Blumin, *Rude Republic*, S. 14.

5 Baker, *Negro Suffrage*, S. 613 f.; vgl. auch Seymour/Frary, *How the World Votes*, Bd. II, S. 315.

Der vorliegende Studienbrief möchte einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen leisten, indem er die Entfaltung der modernen Demokratie im 19. Jahrhundert einer detaillierten Untersuchung unterzieht. Die drei Einheiten dieses Kurses nehmen dabei jenen Zeitraum in den Blick, der durch eine Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts für den männlichen Bevölkerungsanteil geprägt war – eine Ausweitung, die in vielerlei Hinsicht als revolutionär zu verstehen ist. Der Fokus liegt dabei auf der preußischen bzw. deutschen Geschichte, wobei insbesondere die Entwicklungen in den USA immer wieder als eine Kontrastfolie herangezogen werden. Dies liegt darin begründet, dass in der (historischen) Forschung lange Zeit eine Sichtweise auf das 19. Jahrhundert dominierte, in der Deutschland und insbesondere Preußen ein großes Demokratiedefizit, wenn nicht gar eine generelle Demokratieferne attestiert wurde. Die USA hingegen galten lange als eine Art Mutterland der Demokratie. Diese Sichtweise ist auch im öffentlichen Diskurs und im Alltagswissen fest verankert. Dabei gibt es jedoch gute Gründe, diese Sichtweise zu revidieren – denn in einer historischen Perspektive sind es eher die Gemeinsamkeiten und Parallelen und weniger die Unterschiede, die beim Vergleich beider Länder ins Auge stechen.

Die vorliegende erste Kurseinheit stellt eine Einführung in die Thematik dar. Der Kurs porträtiert das Forschungsfeld, stellt die methodischen Prämissen sowie die wichtigsten Thesen dieses Studienbriefs vor. Ein ereignisgeschichtlicher Überblick, eine kommentierte Auswahlbibliographie sowie eine Auswahl an relevanten Originalquellen sollen Studierenden die epochale Einordnung erleichtern sowie Anregungen für eigene Fragestellungen bieten. Die Kurseinheiten zwei und drei verstehen sich hingegen als historische Tiefenbohrungen. Hier soll es darum gehen, die Entwicklung der Demokratie und Wahlen bis zur Jahrhundertmitte (Kurseinheit 2) sowie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nachzuzeichnen. Ein Verzeichnis der zitierten Quellen und Literatur findet sich am Ende der dritten Kurseinheit.

2 Was ist Demokratie?

Das 19. Jahrhundert stand bereits häufiger im Fokus der historischen Wahlforschung. Einer in der Geschichts- wie Politikwissenschaft gleichermaßen beliebten Schematisierung zufolge, stellt diese Epoche die erste von insgesamt vier großen „Demokratisierungswellen“ dar, die zu der globalen Ausbreitung der demokratischen Regierungsform geführt hätten. Insgesamt sei es etwa zwischen 1820 und 1920 zur Etablierung von 29 demokratischen Staaten gekommen – vor allem innerhalb des nordatlantischen Raumes. Auf diese Expansionswelle folgte, so die These vieler Historiker, Historikerinnen sowie Politikwissenschaftler und Politikwissenschaftlerinnen, gewissermaßen die Ebbe: Eingeleitet durch die Etablierung des Faschismus in Italien sowie der Ausbreitung autoritärer und totalitärer Regime im Europa der Zwischenkriegszeit sank die Zahl der Demokratien auf zwölf. Eine zweite Welle der Demokratisierung setzte demzufolge angeblich nach dem Zweiten Weltkrieg ein und ließ bis in die 1960er Jahren die Zahl der Demokratien auf den neuen Höchststand von 36 anschwellen. Während der dritten Welle zwischen 1974 und 1990 gelang in etwa dreißig weiteren Ländern der Übergang zu demokratischen Herrschafts-

Demokratisierungswellen